



TWITTER (L.): JULIAN STRATENSCHULE / DPA (R.)

Matthias L., schülerVZ

sogar gerne dafür!“ Unter einer Bedingung: „wenn ich jemanden dafür bezahle, möchte ich, dass das nicht public wird“. Auf die Frage, was L. mit dem Datensammeln erreichen wolle, antwortete der junge Mann: „gar nichts, das war’n just4fun projekt“. Das Unternehmen bestritt vergangene Woche, dass es zuerst die VZ-Seite gewesen sei, die Geld in Aussicht gestellt habe. Mit den entsprechenden Chat-Passagen konfrontiert, sagt VZ-Geschäftsführer Markus Berger-de León, er bleibe

DATENSICHERHEIT

Kooperation oder Krieg

Nach dem Selbstmord des Erlanger Computerfreaks Matthias L., der mehrere Millionen Daten von Internetnutzern gesammelt hatte, sehen sich das betroffene Unternehmen und die Justiz in Erklärungsnot. L., der in der Szene unter dem Pseudonym „Exit“ auftrat, hatte vor seiner Festnahme tagelang mit der Firma VZnet-Netzwerke, die unter anderem die Plattform schülerVZ betreibt, über eine Datenrückgabe verhandelt. Der 20-Jährige hatte mit einem selbstgeschriebenen Programm nach eigenen Angaben etwa 2,7 Millionen Daten von VZ-Nutzern zusammengetragen. Im Internet hatte er sich offen dazu bekannt und im Mai auf YouTube ein Video veröffentlicht, das sein Programm beim Sammeln der persönlichen Profile zeigt. Mitte Oktober war über das Sicherheitsleck im Netzwerk berichtet worden, das zum Holtzbrinck-Konzern („Die Zeit“) gehört. Daraufhin hatte Jodok B., der Technikchef der VZ-Gruppe, „Exit“ am 17. Oktober über das Internet kontaktiert. Das Protokoll des Chats zeigt, dass der Firmenangestellte „Exit“ teils lockte, teils drohte – und dass die Firma selbst mehrfach das Thema Geld ansprach. Wenn man es schaffe, die Daten zu lokalisieren und zu löschen, so B., dürfe „uns das auch was kosten“. An anderer Stelle schrieb er „du – und andere können bei uns rumhacken wie sie wollen. ich bezahl auch

bei dieser Darstellung: „Zu Einzelheiten nehme ich keine Stellung.“ In dem Chat am 17. Oktober bot VZ-Mann B. seinem Gegenüber auch an, einen Anwalt zu vermitteln. Erst nach mehreren Stunden verlor er die Geduld: „also, was ist sache. kooperation oder krieg?“ L. entschied sich scheinbar für Kooperation. Er verriet Namen und Anschrift und willigte ein, nach Berlin zu kommen. Am späten Abend des nächsten Tages erreichte „Exit“ die Geschäftsräume von VZ in Berlin-Mitte, die Taxirechnung von 530 Euro beglich das Unternehmen. Die Verhandlungen fanden mit vier VZ-Leuten statt. Über den Inhalt gibt es verschiedene Versionen. Der VZ-Technikchef sagte gegenüber der Polizei aus, L. habe behauptet, ein Kaufangebot über 80 000 Euro erhalten zu haben. Für eine weitere Kooperation verlange er sofort 20 000 Euro. Da habe man die Polizei verständigt, die L. um 23.35 Uhr festnahm. Der Erlanger erklärte in seiner Vernehmung, die VZ-Leute hätten ihn gefragt, ob es ihm um Geld oder Ruhm gehe. Er habe spontan die Summe 80 000 Euro genannt und sich einverstanden erklärt, die „bei mir befindlichen Daten zu löschen“, wenn er bis Montag 20 000 Euro erhalte. „Wenn die mir Geld anbieten“, so L. zur Kripo, „nehme ich es gern an.“ Dass sein Mandant angesichts dieser Sachlage wegen versuchter Erpressung verurteilt worden wäre, hält L.s Verteidiger Ulrich Dost für unwahrscheinlich. Fragwürdig ist auch das Vorgehen der Justiz. Matthias L. wurde in einer Einzelzelle untergebracht – obwohl aktenkundig war, dass er an einer „kombinierten Persönlichkeitsstörung“ litt. Dort wurde Matthias L. am 31. Oktober erhängt aufgefunden.

POLIZEI

Dicke Blutspritzer

Die Zeugenaussage eines Polizisten stützt ein Gutachten, wonach der Regensburger Student Tennessee Eisenberg nicht aus Notwehr durch Einsatzkräfte getötet wurde, wie bisher von der Polizei behauptet. Der 24-jährige Student war Ende April nach einem Notruf seines Mitbewohners im engen Flur seines Wohnhauses mit zwölf Schüssen niedergestreckt worden, da er mit einem Küchenmesser auf mehrere Polizeibeamte zugegangen war. Nach Aussagen eines Polizisten hatte sich Eisenberg langsam von seiner Wohnung in der ersten Etage durch das Treppenhaus nach unten be-

wegt, mindesten drei Beamte von acht anwesenden wichen vor ihm die Stufen abwärts zurück. Ein Polizist sprühte Pfefferspray in das Gesicht des Studenten, was ihn ebenso wenig stoppte wie der Schlagstockeinsatz eines anderen Beamten. Unbeirrt schritt Eisenberg am Treppende auf diesen zu, der erklärte, der Student hätte ihn mit dem Messer erreichen können. Dann seien erste Schüsse gefallen. Als Eisenberg sich weggedreht habe, hätte er aus dem Haus flüchten können. Ein im Auftrag der Familie erstelltes rechtsmedizinisches Gutachten deutet die Spurenlage so, dass Eisenberg offenbar erst danach, unmittelbar neben der Haustür, tödlich ge-

troffen wurde. Als Beleg dienen dem Sachverständigen Blutspritzer neben der Tür in Schulterhöhe, etwa drei Meter vom Treppende entfernt. Zu diesem Zeitpunkt, nach der Flucht des Polizisten, sei die Notwehrsituation längst beendet gewesen, folgert der Anwalt der Familie, Helmut von Kietzell. Das Landeskriminalamt erklärt, die Blutspritzer seien beim Hinaustragen des tödlich Getroffenen entstanden. Der Anwalt hält das für absurd, mit einer pulsierenden Blutung würde kein Verletzter transportiert. Die Staatsanwaltschaft Regensburg ermittelt gegen zwei der am Einsatz beteiligten Polizeibeamten wegen Totschlags.



TENNESSEEISENBERG.DE

Eisenberg